

Mittwoch, 27. Januar. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

Nº 8942.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 R. 50. S. Auswärts 5 R. — Inserate, pro Petit-Zeile 20 S., nehmen an: in Berlin; H. Albrecht, A. Netemeyer und Rud. Messe; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Jan. Gestern Abend hat sich die Justizcommission des Reichstages konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Miquel, zum Stellvertreter Schwarze gewählt.

Madrid, 26. Jan. Die Operatinnen der Armee behufs Entsezung Pamplona's werden beschleunigt; sämmtliche Truppen bei Peralta sind bereit abgerückt.

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bern, 26. Januar. Der biesige katholische Kirchengemeinderath hat den liberal-katholischen Professoren der Universität gestattet, gothisdienstliche Functionen in der katholischen Kirche ausüben zu dürfen.

Wien, 26. Jan. Der „Tagespresse“ aufzeigt die Notification der Thronbesteigung des Königs Alfonso gestern hier eingetroffen und von dem spanischen Gesandten Delmazo dem auswärtigen Amts übergeben worden. Wie das genannte Blatt weiter meldet, wird die Anerkennung des Königs Alfonso seitens der europäischen Großmächte keinen Schwierigkeiten begegnen, doch seien die Kadutte übereingekommen, der österreichischen Regierung hießt dies vorerst zu lassen.

London, 26. Jan. Die „Times“ meldet aus Shanghai von gestern, daß der Kaiser von China gestorben ist. Sein Nachfolger ist erst 5 Jahre alt. Eine Störung der öffentlichen Ruhe in Folge des Todesfalles hat nicht stattgefunden.

Petersburg, 26. Jan. Der Reichsanzeiger bringt einen offiziellen Artikel über die Verhältnisse der griechisch-orthodoxen Kirche. Derselbe bespricht die früheren Wirren und führt aus, daß die Opposition des lateinischen Clerus und der Erlass der päpstlichen Encyclica nur die Wirkung gehabt hätten, daß 45 Kirchspiels mit 26 Geistlichen und 50.000 Eingepfarrten freiwillig zum griechischen Ritus zurückgekehrt seien.

Konstantinopol, 26. Jan. Der Commissar der türkischen Regierung, welcher den Verhandlungen des montenegrinischen Gerichtshofes in dem Prozesse der an der Podgoriza-Affaire beheimateten montenegrinischen Unterthanen bewohnen soll, ist heute ernannt worden. — Dem Verneugnen nach wird die türkische Regierung dem vor der Commission den Seculari zu erwartenden Berichte erst Zulose geben, wenn das montenegrinische Tribunal sein Urteil gesprochen hat.

Grundzüge für die Neorganisation der allgemeinen Landesverwaltung.

Die dem Provinzial-Ordnungs-Entwurfe beigegebene Denkschrift über die Neorganisation der allgemeinen Landes-Verwaltung des preußischen Staates stellt folgende Grundzüge auf: I. Die Kreise, die Regierungsbezirke und die Provinzen bleiben als Verwaltungsbezirke bestehen. In der Provinz Hannover werden die Landdrosteibezirke Hannover und Hildesheim, Lippeburg und Stadt, Osnabrück und Ammer zu je einem Regierungsbezirk vereinigt. II. Die Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung werden, soweit nicht für einzelne Zweige derselben besondere Behörden oder Beamten bestellt sind, geführt: 1) in den Kreisen von den Landräthen unter Mitwirkung des Kreisausschusses, 2) in den Regierungsbezirken von den Regierungspräsidenten unter Mitwirkung der Bezirksausschüsse, 3) in den Provinzen von den Oberpräsidenten unter Mitwirkung des Provinzialausschusses, 4) für den Umfang des ganzen Staats von den Ministern. III. Die Entscheidungstreitige Verwaltungssachen erfolgt durch Verwaltungsgerichte. Als solche fungieren in erster Instanz die Kreisausschüsse, in zweiter Instanz — für gewisse Streitsachen auch in erster Instanz — die Bezirksverwaltungsgerichte, in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht.

A. Kreisverwaltung. IV. Die Kreisverwaltung ist in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen durch die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 geregelt. Nach den in letzterer enthaltenen Grundsätzen erfolgt die Regelung der Kreisverwaltung auch in den übrigen Provinzen des Staates.

B. Bezirksverwaltung. V. Die Bezirksregierungen und Landdrosteien werden aufgehoben. VI. Außer Spitz der Verwaltung eines jeden Regierungsbezirks steht ein Regierungspräsident. Demselben wird die Verwaltung sämtlicher bisher zum Ressort der Landdrostei gehörigen Angelegenheiten — mit Ausnahme der Schulen sowie der Domänen, Forsten und Regalien — übertragen, soweit jene Angelegenheiten nicht auf die Kreisausschüsse beziehungsweise das Bezirksverwaltungsgericht und den Oberpräsidenten übergehen. — VII. Zum Geschäftskreis des Regierungspräsidenten gehören insbesondere: 1) die auf die Organisation, den Geschäftskreis und die Geschäftsvorwaltung des Regierungspräsidiums und der ihm nachgeordneten Behörden bezüglichen Generalangelegenheiten, sowie die Personalangelegenheiten der Räthe und Hilfsarbeiter, Subaltern- und Unterbeamten des Regierungspräsidiums und der Beamten der ihm unmittelbar unterstellten Behörden; 2) sofern Angelegenheiten der Landespolizei- und Regierungsbehörden einzeln Angelegenheiten, a. die inneren Angelegenheiten der Landespolizei, als Verfassungssachen mit Einschluß der Wahlen zum Landtag, des zu ihrem Ressort gehörigen Beamten als entsprechende Disciplinarbehörden erster Instanz gemäß § 24, No. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852

thauen; Publikation des Gesetze und Verordnungen durch das Amtsblatt; b. die Sicherheits-, Ordnungs- und Sittenpolizei, namentlich auch die Fremden- und Passpolizei, die Forst- und Jagdpolizei in Communal- und Privatwaldbauungen, die Bau- und Feuerpolizei, die Beaufsichtigung der Presse, das Versammlungs- und Vereinswesen; c. die Medicinal- und Gesundheitspolizei; d. die Gewerbe-polizei; e. die Münz-, Maß- und Gewichtspolizei; f. die landwirtschaftliche Polizei, Landes-cultursachen, Landes-meliorationen, Vertheilung öffentlicher Abgaben in Folge von Desmembrationen; g. die auf die öffentlichen Communicationen, Eisenbahnen, Land- und Wasserstraßen, Chaussee-bauten, Strom-, Deich-, Canal- und Brückenbau-ten, Fähren, Hafenbauten, Booten und Seeleuchten bezüglichen landespolizeilichen Angelegenheiten; h.

die Straf-, Befreiungs- und Gefangenensanstalten; i. das Transportwesen der Verbrecher, Bettler und vagabonden; k. die Beaufsichtigung der Gemeinden, Umlandsverbände und Kreise, sowie anderer Corporations, Gesellschaften, Institute und Anstalten, insbesondere auch der Brände- und andrer Ver-sicherungsanstalten und Gesellschaften nach Maßgabe der hierüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen; l. die Mennoniten, Juden- und Dissidenten-Angelegenheiten; m. die Militär-Angelegenheiten; n. die Angelegenheiten der Landesgarde; o. die statistischen Sachen; p) die kirchlichen Angelegenheiten, soweit dieselben bisher zum Ressort der Regierung gehörten; q) die Oberleitung der Verwaltung der direkten Steuern und des Staats-, Kassen- und Rechnungswesens für diese Verwaltung; r) das Staatsbauwesen, soweit die Bevölkerung derselben nicht besonderen Behörden oder Beamten obliegt; s) das Staats-, Kassen- und Rechnungswesen für die Verwaltung des Innern; t) die Beaufsichtigung und Verwaltung der Regierungshauptklasse. — VIII. Die katholischen Confraternien in der Provinz Hannover werden aufgehoben und in ihnen wahrgenommene kirchlichen Angelegenheiten auf die Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten übertragen. Die Verwaltung der evangelisch-kirchlichen Angelegenheiten wird auch ferner von Confraternalschwestern wahrgenommen, deren Organisation besonderer gesetzlicher Regelung vorbehaltet bleibt. — IX. Der Regierungspräsident führt die Verwaltung mit den der Regierung zustehenden Befugnissen unter der geistig zu ordnenden Mitwirkung des Bezirksausschusses in landespolizeilichen Angelegenheiten, in Wegefachen, sowie in Communal-Aufsichtsachen der Gemeinden, Amtsverbände und Kreise. — X. Dem Regierungs-

Präsidenten wird die erforderliche Anzahl von Räthen und Hilfsarbeitern (Regierungsräthe und Assessoren) sowie von Technikern (Bau- und Mechanikräthe, Departements-Therapeuten, Fabrik-Inspectoren etc.) und mindestens ein Justizrat beigegeben, welche die Geschäfte nach seinen Anweisungen bearbeiten. Ein Ober-Regierungsrath hat den Regierungs-Präsidenten in den ihm obliegenden Amtsgeschäften zu unterstützen und in Behinderungsfällen zu vertreten. — XI. Der collegialischen Verathung und Beschlusssatzung des Regierungs-Präsidenten und der ihm beigegebenen Räthe und Hilfsarbeiter unterliegen nach näherer Vorschrift des Organisationsgesetzes: 1) die Entscheidungen über Anträge auf Errichtung der Genossenschaft zur Errichtung gewerblicher Anlagen gemäß §§ 16 bis 25 der Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869, so weit diese Angelegenheiten, sei es in erster, sei es in zweiter Instanz zur Zuständigkeit der Bezirks-Regierungen gehören; 2) die Entscheidungen in Disciplinar-Unterfuchungssachen unmittelbarer Staatsbeamten, gemäß §§ 24 No. 2 und 25 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Staatsbehörden begründet ist. — XII. Die Verwaltung der direkten Steuern wird nach näherer Vorschrift des Organisationsgesetzes unter Oberleitung des Regierungspräsidenten durch ein Collegium geführt, auf dessen Beschlüsse in materieller Beziehung dem Regierungspräsidenten eine Einwirkung nicht zusteht. Das Collegium wird aus einem Ober-Regierungsrathe als Dirigenten, einem oder mehreren Steuerdepartementsräthen, dem Kasserrathe und nach Bedarf aus einem oder mehreren ferneren Mitgliedern gebildet, welche letztere aus den dem Regierungspräsidenten beigegebenen Räthen etc. (nebenamtlich) berufen werden. — XIII. Die Verwaltung der zum Ressort der Regierungen gehörigen Schulangelegenheiten wird dem Provinzialschul-collegium übertragen. Die Verfassung des Provinzialschul-collegiums ist eine collegialische. Der Vorstuhl in demselben führt der Oberpräsident mit vollem Stimmrecht. Welche Angelegenheiten der Schulverwaltung von den Landräthen unter Mitwirkung der Kreisausschüsse, beziehungsweise von den Regierungspräsidenten unter Mitwirkung der Bezirksausschüsse und von dem Oberpräsidenten unter Mitwirkung des Provinzialausschusses wahrzunehmen sind, bestimmt das Unterrichtsgesetz. — XIV. Für die Verwaltung der Domänen und Forsten, sowie der mit dieser Verwaltung bisher verbunden gewesenen Regalien und sonstigen Angelegenheiten werden in jeder Provinz eine oder mehrere besondere Behörden (Domänen- und Forstdirectionen) eingesetzt. Diese Behörden fungieren in Aufsicht des zu ihrem Ressort gehörigen Beamten als entsprechende Disciplinarbehörden erster Instanz gemäß § 24, No. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852

(Gesetzsammlung S. 465). Den Domänen und Forstdirectionen liegt die Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Communal- und Instituts-waldbauungen ob. — XV. Die Abtheilungen für indirekte Steuern der Regierungen zu Potsdam und Frankfurt a. O. werden zu einer neu einzugegenden Provinzial-Steuerdirektion für die Provinz Brandenburg vereinigt. — XVI. Zur Wahrnehmung der den Regierungen in der Provinz Preußen und der Sprachcollegien zu Königsberg und Marienwerder durch die Verordnung vom 30. Juni 1834 (Gesetzsammlung S. 93) übertragenen Geschäfte wird eine Generalcommission errichtet.

C. Provinzialverwaltung. XVII. Die oberste Verwaltungsbehörde der Provinz ist der Oberpräsident. Der Oberpräsident führt die Aufsicht über die Behörden der Landesverwaltung — die Regierungspräsidenten, die Domänen- und Forstdirectionen, die Provinzialsteuerdirektionen, die Generalcommissionen — sowie über die zu denselben gehörigen und den selben unterstehenden Beamten. Er hat für die gleichmäßige Ausfüllung der Gesetze und Verordnungen, sowie der Ausführungen der Gesetze und Verordnungen der Ministerien zu sorgen und darüber zu wachen, daß die Verwaltung regelmäßig und nach übereinimmenden Grundsätzen gehandhabt werde. Er entscheidet — und zwar der Regel nach endgültig — über Beschwerden gegen Verfügungen der Regierungspräsidenten in denjenigen landespolizeilichen Angelegenheiten, sowie Angelegenheiten, die dem Ressort der Regierung gehören; 4) die Oberleitung der Regierung überwiegen werden. Jedoch steht den Ressortministern die Befugnis zu, auch in Fällen, in denen der Oberpräsident endgültig entschieden hat, demselben über die Auslegung und Anwendung der Gesetze und der Verwaltungsvorschriften zur Beachtung für künftige Fälle Anweisung zu erteilen. Inwieweit der Oberpräsident bei den von ihm zu treffenden Entscheidungen an die Mitwirkung des Provinzial-Ausschusses gebunden ist, wird durch besondere Gesetze (Gemeinde-, Kreis-, Provinziordnung etc.) bestimmt. Zugleichzeitig regelt die Befreiordnung die Zuständigkeit des Oberpräsidenten und die Mitwirkung des Provinzial-Ausschusses in Begegnungen. Im Übrigen behält es bei der Ressortministerialität der Oberpräsident sein. — XVIII. Dem Oberpräsidenten ist die erforderliche Anzahl von Räthen und Hilfsarbeitern beigegeben, welche die Geschäfte nach seinen Anweisungen führen. In Verbindungs- sowie in Communal-Aufsichtsachen der Gemeinden, Amtsverbände und Kreise. — X. Dem Regierungs-

Präsidenten wird die erforderliche Anzahl von Räthen und Hilfsarbeitern (Regierungsräthe und Assessoren) sowie von Technikern (Bau- und Mechanikräthe, Departements-Therapeuten, Fabrik-Inspectoren etc.) und mindestens ein Justizrat beigegeben, welche die Geschäfte nach seinen Anweisungen bearbeiten. — XVIII. Die Bankfrage ist für Deutschland, welches den Fall einer feindlichen Invasion im Auge behalten muß, trotz seiner gegenwärtig überwiegenden Kraft eine Lebensfrage. Deshalb sollte sein Geld- und Bankwesen so gesichert sein, daß die Baarzahlung auch in politischen Krisen ungefähr die Regel bilden könnte. Dies ist nur der Fall beim Umlauf genügenden baaren Geldes und vollgedeckter Noten im eigenen Lande.

Aba. Schaus (Bankdirector in München), Urheber des Antrages, die Gesamtsumme der ungedeckten Noten von 385 auf 435 Millionen zu erhöhen und davon der Reichsbank 300 Millionen statt 250 Millionen zuweisen. M. H., der Kampf über die vorliegende Frage hat gestern eine Gestalt erreicht, wie sie das, was uns in dieser Frage eigentlich trennt und scheidet, nicht verdient. Es handelt sich in der That um kein großes Princip des Gesetzentwurfs, sondern ausschließlich um eine Gleichgewichtsfrage, um eine Rechnung, die darüber aufgestellt werden soll, ob die Biffer, welche die Commission vorschlägt, angenommen werden soll, oder ob das Bedürfnis des Handels und der Industrie eine Erhöhung derselben erfordert. Es ist gut gewesen, daß wir in dem Tone, in welchem gestern die Frage erörtert wurde, nicht weiter diskutiert, sondern die Frage noch einmal beschlossen haben. Ob Sie die Biffer auf 250 oder 300 Millionen führen, dadurch wird die Gründerei weder gehemmt, noch ausgeschlossen. Wer die Ursache der Gründerei kennt, tut unrecht, wenn er der großen Notencirculation allein die Ursachen dieser Periode zuschreibt. Ich bin bereit, dem Abgeordneten Lasker zur Bekämpfung der Gründerei beizustehen, aber darum handelt es sich bei dieser Frage gar nicht. Würde durch die Erhöhung der Biffer um 50 Millionen die Erhaltung des Goldes in Deutschland gefährdet, so würde ich der leste sein, der für eine solche Erhöhung stimmen würde. Diese Frage ist so schwer zu entscheiden und es ist daher nothwendig, daß man auf Autoritäten hört und da wähle ich eine solche Autorität, deren Vergangenheit mir die Gewähr leistet, daß sie keine Maßregel unterliegen werde, welche die Goldwährung gefährden kann. Und eine solche Autorität ist der Referent Dr. Bamberger. Auf die Verhältnisse der Preußischen Bank eingehend, weiß der Redner darauf nach, daß der Betrag von 88 Millionen der ungedeckten Noten nicht nur in der Zeit vom Jahre 1872 und 1873 überschritten worden sei, sondern auch schon in früheren Jahren. Die große Sorge, die ich mir mache, so fürt er fort, ist, daß bei einer solchen rein sachlichen Discussion, die Geschicklichkeit immer eine große Rolle spielt und der Sachlichkeit so oft schadet. Es ist ein Unglück, daß der Handelsstand gewöhnlich nicht aus seinen Elementen heraus hier vertreten ist, durch Elemente, die mit der Sachlichkeit auch die dialektische Schärfe ihrer Ausführungen verbinden. Es ist gestern hier geltend gemacht worden, daß Frankreich uns seine schlechten Effecten an den Kopf geworfen habe. Es ist für diejenige Nation, welche politisches oder mercantilistisches Unglück getroffen hat, immer ein großer Segen, wenn sie gewisse Effecten hat, und in dieser Lage befand sich Frankreich nach dem Kriege. Ein Theil der französischen Zahlungen bestand in Effecten, und alle diese sog. schlechten Papiere, welche Frankreich uns an den Kopf geworfen hat, stehen heute so gut, daß jeder ein gutes Geschäft gemacht haben würde, wenn er seine Gelder in diesen Papieren angelegt hätte. Es waren dies Lombardische Prioritäten, italienische Rente und Tabaks-Obligationen, United States-Bonds und, wenn ich nicht irre, auch österreichische Staatsbahn-Prioritäten. Ich führe dies nur an, um Sie vor den sog. Scheingründen zu warnen. Redner sucht nun mehr nachzuweisen, daß die Preußische Bank bisher gegebenen Mittel kaum ausreichten, um die kurzen Bedarf zu befriedigen, und daß für den Diskont dabei kaum ein nennenswerther Betrag verbleibe. Ich bin nun der Meinung, so fügt er hinzu, daß die Preußische Bank, wenn wir sie in eine Reichsbank umwandeln, kaum das Gebiet wird ausreichend befriedigen können, welches sie heute schon kaum kann. Es sind nun schon Anträge eingegangen auf Errichtung von Comman-danten. Die Reichsbank wird nicht im Stande sein, diese Filialen zu errichten und wir werden in kurzer Zeit vor der großen Calamität stehen, daß die Errichtung des großen Bankinstituts an der Biffer scheitert. Ich wünsche, daß wir ein Werk herstellen, auf welches Deutschland mit Befriedigung blicken kann. Die Biffer, welche mir die richtige zu sein scheint, die entnehmen ich aus den Biffen der Preußischen Bank und zwar aus dem Jahre 1874, weil damals die Gründungs- und Schwundperiode schon vorüber gewesen ist, und weil sich in diesem Jahre in Folge der Siedlungen ein geringeres Discontbedürfnis gezeigt hat. Diese Biffer beträgt ungefähr so viel, als wir beantragen. Sie können dieser Biffer also ohne Sorge, dem Schwund vorleben, zu leisten, zu stimmen. Ich ende mit dem Ausdruck eines Wunsches: Möge es uns gelingen, die großen Errungenschaften auf dem politischen Gebiete nicht zu compromittieren durch unsere Schritte auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete (Beifall).

Staatsminister Camphausen will heute nur einen Punkt, die Höhe der ungedeckten Noten erörtern. Die Geschäftswelt, die sich seiner Zeit mit leichtem Herzen für die Goldwährung ausgesprochen hat, scheint mir über alle Maßen erfreut zu sein, nachdem die Folgen dieses Entschlusses an uns herantreten. (Sehr wahr!) Wer glaubt, daß wir uns heute in einer ängstlichen, Besorgniß erregenden Lage befinden, hat sich vor Allem an die zu halten, die für Deutschland den Übergang zur reinen Goldwährung empfohlen hatten (Sehr wahr!), und das haben wir, die größte Majorität dieses Hauses und ich mit ihr getan. Der Schritt war richtig, aber seinen Folgen haben wir ruhig und unbefangen in's Auge sehen. Der Entschluß war nicht leicht für ein Reich wie Deutschland, das an allen seinen Grenzen von Staaten umgeben ist, in denen die metallische Basis der Goldwährung verlaßt: von Russland, von Österreich, von Italien, die in Zukunft mit Leidigkeit unsere Goldbestände an sich ziehen können, wenn die Handelsbilanz sich irgendwie günstig für sie stellt, während es uns dagegen schwer fallen wird, unsere Bezahlung in Gold zu erhalten. Wir haben ferner Frankreich zum Nachbar, das bis zur Stunde die Doppelwährung aufrecht erhält und gerade in dem Augenblick, wo die eine Währung außerordentlich billig zu beziehen wäre, Halt gebietet und

mit der Silberprägung nicht in dem Maße vorgeht, wie wir es bei der Fassung unseres Entschlusses haben unterstellen dürfen. Wir sind bei dem Uebergang zur reinen Goldwährung in der Lage zu experimentieren, wir haben Niemanden, weder einen Handelsmann, noch eine Bank, die irgend welche Erfahrungen darüber besitzen könnte, wie sich die Verhältnisse der Notencirculation von dem Augenblick gestalten werden, wo an die Stelle des schwerfälligen, schwer verwendbaren Silbers die Goldmünze treten wird. Sehen wir nun auf den Staat, der allein die Goldwährung zur Wahrheit gemacht hat, so nehmen wir wahr, daß man dort glaubt, mit grösster Vorsicht den ungedeckten Notenumlauf in enge Schranken bannen zu müssen. Haben wir da nicht Ursache, auch für uns ein klein wenig Vorsicht möglich zu halten? Wir haben der Preußischen, der künftigen Reichsbank, eine Summe von 250 Mill. Mt. zugestellt. Das Gesetz enthält ferner eine Bestimmung, wonach beim Ablauf von Privilegien der auf jene Banken fallende Anteil der Reichsbank zuwachsen soll; nach einer anderen Bestimmung darf die Reichsbank Abkommen wegen Ueberlassung ihres Notenrechts treffen; nach einer anderen ferner soll von allen Banken eine Steuer von 1 Proc. erhoben werden. Alles dies würde wesentlich dazu beitragen, die Neigung der Privatbanken auf ihr Notenrecht zu verhindern, herbeizuführen. Was diese Bestimmung selbst betrifft, so weist der Commissionsbericht aus, daß sie zuerst mit Majorität Annahme und dann nachst mit der Majorität von 1 Stimme abgelehnt worden ist und zwar mutmaßlich aus dem Grunde, weil in dieser Anordnung doch nur eine überwiegend fiskalische Maßregel erblieb wurde. Ich muß Ihnen nun mittheilen, daß ich in dem Rufe stehe und auch den Beruf habe, die Interessen der Gemeinschaft gegenüber den Privatinteressen zu vertheidigen, längere Zeit hindurch davon abgeraten habe, zu der Steuer von 1% zu streiten, daß ich erst in Folge einnehmender Erwägungen der in Betracht zu ziehenden Momente mich entschlossen habe. Ihnen den Vorschlag der einprozentigen Besteuerung zu melden. Die Nominierung dieses Punktes wird voraussichtlich das Gesetz nicht zum Scheitern liegen; aber ich schließe vom Reichstag die Verantwortung dafür zu, wenn diese wirtschaftlich verständige Maßregel unterbleibt. Für eine solche Besteuerung spricht existens, daß eine solche Steuer nichts Ungewöhnliches ist; im Gegentheil, beinahe alle Staaten sind darauf hingewiesen worden, daß sie, wenn sie die gewöhnlichen Wechsel mit einer Wechselseitsteuer beladen, diese privilegierten Wechsel, die in den ungedeckten Noten ausgegeben werden, von der Steuer nicht frei ließen. Durch das Wegstreichen der Steuer steigen Sie sehr die Gefahren, die sich an das noch festzustellende Notencontingent knüpfen, denn Sie nehmen damit eine Schranke hinweg, die die Privatbanken davon abhalten könnte, ihr Notenprivilegium bis zur äußersten Grenze auszunutzen.

Nun bitte ich Sie, sich vor Allem zu vergegenwärtigen, daß die Zahl, die wir für den Umsatz des ungedeckten Notenrechts wählen, nicht von unserem reinem Belieben abhängt, daß wir nicht etwa in der Lage sind, ein großmuthiges Geschenk durch die Erhöhung dieser Summen machen zu können, sondern daß jeder noch so kleine Betrag, den wir dem verständig ermittelten Notenbetrag hinzufügen, die Gefahren der Goldwährung steigert. Wären wir in der Lage, mit einem Vorschlag uns in die Situation versetzen zu dürfen, wo die Goldwährung in ihrem vollen Umfange bestände, dann würde das Quantum ungedeckter Noten bei unseren Banken beträchtlich niedriger sein, als wir es in Aussicht nehmen; wohl verstanden, wenn die vollen Folgen der neuen Goldwährung eingetreten sein werden. Dazu gehört also, daß die Banknoten die Dienste, die sie bis jetzt als eigentliches Papiergeld verrichtet haben, nicht mehr verrichten dürfen; ferner, daß die Einlösungspflicht mit voller Strenge gehandhabt wird; ferner, daß wir uns nicht in den Sinn kommen lassen, bei Zahlungen, die wir in das Ausland zu machen haben, immer in einen schweren Stoßfeuer zu versetzen, wenn wir sie mit dem Metallgeld, das bei uns die Funktion des Gelbes wahrscheinlich hat, auch wirklich zahlen müssen, daß wir also nicht, wie vor Kurzem geschehen, ein gewaltiges Geschrei darüber erheben, wenn einige Millionen in's Ausland gehen. (Sehr richtig.) Sehen Sie die Verhältnisse der Bank von England, des eigentlichen Weltmarktes an; da vergebt kein Tag, wo Ihnen nicht gesagt wird: heute geht nach Brasilien so und so viel Gold, morgen so viel. Das Metallgeld thut nur seine Schuldigkeit. In diesen Zustand sollen und wollen wir auch gerathen. Wir werden unsere Nerven etwas abhärten müssen, wenn es heißt: morgen gehen 10 Mill. £ in Gold zum Land hinaus, aber die Bankverwaltungen werden erfahren, daß das bequeme Leben, das sie bisher gehabt haben, ein Ende erreicht hat. (Heiterkeit und Lachmimung.) Sie werden erfahren, daß es nicht mehr an geht, sich zu guter Letzt immer auf den Preßbengel zu verlassen, und 20 Mill. £ Noten mehr zu drucken. Das ist vorbei! An jede Bank, an jede Privatbank kann in jedem Augenblicke das Verlangen herantreten: da sind sie uns so viel Noten, bitte um baares Geld — dann wird sie zuzusehen haben, ob sie für die Driftbedeckung noch den Stoff hat, und wenn er ihr ausgeht, geht ihr Privilegium verloren. (Sehr wahr!) Wir werden erleben, wie die Bankverwaltungen in andere Stimmung kommen werden (Heiterkeit), wenn sie dieses Gesetz werden anwenden müssen. Die Stimmung wird nicht blos bei den Privatbanken eine andere werden müssen, auch bei den künftigen Reichsbank und ich sehe den Augenblick kommen, wo die Reichsbank uns nachträglich ihren Dank votirt, daß wir sie davor bewahrt haben, daß allzu übertriebene Anforderungen an sie gestellt werden. Das sollte aber kommen werden, haben Sie das nicht aus der Rete des Vorredners entnommen? (Heiterkeit.) Haben Sie nicht daraus entnommen, daß während wir bei der Distribution Süddeutschland in kaum verantwortlicher Weise berücksichtigt haben (Befürchtung), wir schon heute die Hindernisse erhalten, es möchte für Süddeutschland nicht genug geschehen. Es ist ein unrichtiges Verlangen der Vertreter von Handel und Industrie, wie sie glauben, daß wir über die Schwierigkeiten ihrer Lage ihnen hinweghelfen würden, wenn wir dem jetzt vertretenen Wunsche nachgäben. Handel und Industrie leiden in diesem Augenblick schwer; die Ursache liegt in der Verziehung der Preisverhältnisse, die eingetreten war und die dahin strebt, in ein richtigeres Gleichgewicht zu gelangen. Die Krise wird so lange fort dauern, bis daß die gefundenen Rettungsmittel in dieser Hinsicht ergriffen werden. Diese Rettungsmittel liegen vor Allem darin, daß die Industrie wohlfreier zu produciren lerne. (Lebhafte Befürchtung.) Wir werden aber wohlfreier produciren, wenn wir anfangen, fleißiger, harter, wirtschaftlicher zu werden. Wenn vor ganz Kurzem eine große Bank in den Eisenbahnpapieren eingetreten ist, so liegt der Grund darin, daß man sich hat verleiten lassen, die Grundsätze der Sparsamkeit nicht mit dem gehörigen Nachdruck zu wahren. (Sehr richtig), weil die Anforderungen wegen großer Banken dem Publikum plausibel klar werden und damit zugleich, daß das Erträgnis der Kassen Einbuße erleidet. Es wird sich — ich spreche das unverholen aus — für Deutschland die Notwendigkeit ergeben, mit einer anderen Regulirung der Arbeitslöhne vorzugehen, die Anforderungen an die Arbeiter zu steigern, um den Lohn nicht zu erhöhen, sondern in manchen Fällen herabzusetzen. Wenn wir aber die gegenwärtig gebrüderliche Lage von Handel und Industrie in's Auge fassen, würden wir dann wohl thun, Hoffnungen zu nähren, die sich

später nicht erfüllen können? Sie können die Siffer der unkontingentirten Noten erhöhen oder nicht, Sie werden dadurch die Consequenzen, die der Uebergang zur Goldwährung notwendig mit sich führen müssen, nicht ändern. Wenn wir uns einmal vergegenwärtigen, was wir eigentlich thun, so will ich nur daran erinnern, daß in diesem Augenblick der ungedeckte Notenumlauf der Englischen Bank ziemlich erheblich hinter vier Millionen Pf. Strl. zurückbleibt, daß dieser ungedeckte Notenumlauf der Englischen Bank in diesem Augenblick lange noch nicht ein Drittheil der Summe erreicht, die wir der Reichsbank allein zutheilen wollen (Hört! Hört!), daß er also, da auf die übrigen Banken 130 Mill. Mt. noch weiter entfallen sollen, noch sehr viel weiter hinter dem Betrag zurückbleibt. Wenn ich in Bezug auf die Notencontingentierung mein eigenes Urtheil aussprechen soll, dann sage ich Ihnen, ich habe große Befürchtungen, ob die Summe nicht zu hoch gegriffen ist. (Sehr richtig.) Ich habe keine Befürchtungen, daß sie hinter dem Bedürfnisse zurückbleibt. (Lebhafte Beifall)

Abg. Georgi sieht in den Noten eine Anspruchnahme der Volkskräfte, eine Delconomie der Volkswirtschaft, die aber ihre Grenzen hat. Es ist sehr zweifelhaft, ob die neue Doctrine der Contingentierung in das praktische Leben eingeführt werden kann, ohne eine große Schädigung der Banken, die nach einem andern System gegründet sind. Jetzt sollen sie nun sich einer neuen Doctrine annehmen und auch die Industrie soll sich mit diesem Umstöße der theoretischen Ansichten zufrieden geben. Der letzte Zeitpunkt ist überhaupt nicht sehr geeignet zum Ersatz eines Bankgesetzes, und wenn auch vom Finanzminister gerathen ist, die gesunden Rettungsmittel zu gebrauchen, so ist doch nicht zu vergessen, daß man bei einer acuten Anwendung selbst dieser gesunden Rettungsmittel nicht zur Heilung kommt, sondern nur den Ausbruch der Krise beschleunigt. Redner führt dann aus, daß die sächsischen industriellen Verhältnisse eine exceptionelle Berücksichtigung verdienen.

Abg. Schröder (Civystadt) spricht sich gegen jede Erhöhung des Contingentes aus, weil dieselbe für den Verkehr kein unabholbares Bedürfnis ist; man sollte überhaupt nur mit dem Betriebskapital arbeiten, was man hat, nicht mit dem, was man sich vorstellt und zwar in der allergefährlichsten Form einer schwelenden Schuld, die täglich eingefordert werden kann. Abg. Adermann hält ebenfalls die gegenwärtige Zeit zur Einführung eines Bankgesetzes für durchaus ungeeignet, weil es in der Zeit der Creditosität und einer ungünstigen Handelsbilanz gegen die Gewohnheiten des Handels anstürmt und mit ihnen experimentiert. Die Privatbanken werden an und für sich schon neben der Reichsbank ein mühevolleres Leben haben. Wenn nach diesem Gesetz die Privatbanken Noten ausgeben, so kann die Reichsbank bald darauf die Noten, welche bei ihr eingehen, zur Einlösung präsentieren; wird dies ein paar Wochen fortgezeigt, so ist die Existenz der Privatbanken so gut wie vernichtet. Die fünfprozentige Steuer ist, wenn nicht dem Namen, jedoch dem Wesen nach ein Verbot der Ueberbreitung des Contingents. Jedenfalls reicht aber das Contingent der sächsischen Banken für ihren Geschäftskreis nicht aus, denn die sächsischen Gebietsteile sind zu einem so bedeutenden Theil der Industrie gewidmet, daß für diese ganz besondere Ausnahms-Verhältnisse auch die Credit-Verhältnisse ausnahmsweise bedacht werden müssen.

Abg. v. Biegel eben: Die 5-prozentige Steuer ist gar nicht eine Steuer, sondern lediglich eine Schranke, die im öffentlichen Interesse gezogen ist und die nur im äußersten Notfalle durchbrochen werden wird.

Damit schließt die Discussion über Al. 1 und wendet sich dem Al. 2 zu, welches vorschreibt, daß der Anteil der Privatbanken an der ungedeckten Noten-Circulation im Falle ihres Erlöschens der Reichsbank zuwachsen soll. Diese Bestimmung, at Röhlund betont, in erster Reihe ganz zu streichen, event. der Reichsbank nur die Hälfte des Zuwachses zuzuweisen. Par. 11 beantragt ebenfalls die Auflösung der Härte.

Abg. Richter (Hagen): Die Befürchtung des Finanzministers, daß die Contingentsziffer vielleicht zu hoch gegriffen sei, theile ich vollständig. Gerade deshalb müssen wir die Möglichkeit in der Hand behalten, die Noten zu vermindernd und diese Möglichkeit gewährt uns der Antrag des Abg. Röhlund. Der Finanzminister erwähnt mit Recht, daß Niemand jetzt schon sagen kann, wie nach der Einführung der Goldwährung sich das Notenbedürfnis herausstellen wird. Wir experimentieren in der That. Die kleinen Noten fallen weg, es wird die Verpflichtung zur gegenwärtigen Aufnahme herbeigeführt, kurz die ganze Notencirculation kommt auf eine andere Basis. Außerdem hängt das Bedürfnis an Noten nicht blos von der Zahl der Noten ab, sondern die Bedeutung der Zahl modifiziert sich je nach der Circulationsfähigkeit der einzelnen Note. Wenn eine Privatbank sich in eine Reichsbank verwandelt, so erhält sie eine grössere Circulationsfähigkeit; es ist also unter dieser Voraussetzung möglich, auch mit einem kleineren Notenbetrage auszukommen. Wenn eine Reichsbank eingeholt, so ist es ja möglich, die Reichsbank für den ausfallenden Notenbetrag zuwachsen zu lassen. Vielleicht ist es aber in einzelnen Fällen doch richtiger, eine benachbarte Landesbank zuwachsen zu lassen und diese Frage will ich eben jetzt noch nicht definitiv entschieden haben. Warum sollen wir uns die Möglichkeit verschaffen, im Falle dies Accrescenzrecht für die Actionäre wertvoll ist, ihnen günstigere Bedingungen für die Reichskasse aufzulegen, als sie in diesem Gesetz enthalten sind? Wir sollten in diesem Gesetz nicht mehr regulieren, als zur Zeit nothwendig ist, und Alles, was wir im Augenblick noch nicht vollständig übersehen können, der Zukunft überlassen.

Präsident Delbrück: Der Finanzminister hat bei seiner vom Vorredner erwähnten Neuerung den vorliegenden Fall nicht im Auge gehabt. In Bezug auf die nächsten 15 Jahre stellt sich das Verhältnis so, daß im Laufe dieser Jahre 13 oder 14 Bankprivilegien aufzählen und zwar mit einem gesammten Notencontingent von je nachdem man rechnet, 28 oder 38 Mill. Mark. Hiermit ist zunächst die vorliegende Frage auf das richtige Maß der Zahlen zurückgeführt. Und da wird man doch angeben müssen, daß die Frage, ob das Notencontingent im Laufe der nächsten 15 Jahre ganz allmälig um 28 oder im höchsten Falle um 38 Mill. Mark vermindernd wird, hier von ganz und gar keiner Bedeutung sein kann. Befälligerweise sind von den 18 oder 15 Banken, um die es sich bei dieser Bestimmung handelt, 12 oder 18 Banken solche, die ausschließlich Norddeutschland angehören. Wir haben ja bei Aufstellung der Contingentsziffer zugeleich die verschiedenen Verhältnisse und Bedürfnisse in den verschiedenen Theilen Deutschlands zu berücksichtigen; und da spricht ein bloser Blick auf die Contingentsziffer dafür, daß keine Veranlassung vorhanden ist, diejenigen Notenemissionen beizufügen, welche für Norddeutschland festgestellt sind, im Laufe der nächsten Zeit zu verringern.

Abg. Lasler: Für mich hat der Antrag die ungedeckten Noten zu vermindernd, urtheilhaft etwas sehr Sympathisches, dennoch habe ich in der Commission beide Male gegen den Antrag Röhlund gestimmt und bitte Sie im Bezug des Antrags Röhlund zu stimmen. Wir haben keinen Grund die Höhe des ungedeckten Notenquantums von einem bloßen Befall, nämlich von der zufälligen Erhöhung eines Bankprivilegiums abhängen zu lassen, sondern, wenn wir einmal eine bestimmte Contingentsziffer haben, so müssen wir diese im Interesse des Handels und der Industrie auch festhalten.

Abg. Windthorst: Der Vorredner hat von seinem Standpunkte aus vollkommen Recht. Jeder, der die Reichsbank monopolistisch will, muß den Antrag Röhlund verwirken. Ich aber gehöre nicht zu diesen. Ich will gerade im Interesse der kleineren und mittleren Banken die kleineren Banken lebensfähig erhalten. Für die kleineren Leute und auch für die Grundbesitzer zum großen Theil sind die kleinen Banken eine wahre Wohlthat. Die Reichsbank wird in erster Linie immer dem großen Großverkehr und den Bedürfnissen des Großkapitals dienen.

Abg. Röhlund: Das ganze Gesetz geht von dem Grundsatz aus, daß die ungedeckte Note ein sehr gefährliches Umlaufsmittel ist. Ist dies richtig, so müssen Sie auch die Consequenzen dieses Satzes annehmen. Unsere industriellen Verhältnisse sind nicht etwa wegen des zu schwieren, sondern gerade wegen des zu leichten Credits in die gegenwärtige traurige Lage hineingekommen. Wenn eine Bank mit diesem Gesetz nicht existieren kann, so hat sie eben ihre Lebensfähigkeit nachgewiesen; dann müssen wir nicht etwa die Todeswieder erwecken und eine Krankheit, die ihr naturgemäß Ende gefunden, gleichsam der ganzen Reichsbank einimpfen wollen, dadurch, daß wir die ungedeckten Noten dieser erschöpften Bank der Reichsbank zuweisen.

Abg. v. Kardorff: Wenn der Vorredner die ungedeckte Note für so gefährlich hält, so wie ich ihn daran erinnere, daß wir eins der allergefährlichsten und allergefährlichsten ungedeckten Papiere besitzen: das ist das Reichspapiergehalt. Zur Befestigung seiner Befürchtungen kann ich ihm daher nur empfehlen, den Antrag auf Einziehung dieses ungedeckten Reichspapiergehalts zu stellen.

Referent Bamberger bittet Namens der Mehrheit der Commission in Übereinstimmung mit den verbindlichen Regierungen bei dem Alinea 2 ihrer Beschlüsse zu beharren. Dasjenige Land, welches nicht

sozialistischer oder monopolistischer Richtung angelagert werden kann, nämlich England, hat in seiner Bankreform genau denselben Weg betreten, daß es ebenfalls die Noten der Centralbank, der englischen Bank in London accrescieren läßt. — Sowohl in der Provinz der europäischen Staaten, als in der Doctrine berichtet kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß ein centralistisches, für ein ganzes Land einheitlich durchgeföhrtes Banksystem schon aus dem einfachen Grunde entschieden Vorsprung verdient, weil, wenn man schon die Münzherrschaft auf einen Punkt zu reduzieren sich veranlaßt fühlt, für dasjenige, was man eine fiduciäre Münze nennt, dieser Grund noch viel mehr durchschlagen muß. Wenn der Abg. Windthorst glaubt, daß die "Privatinteressen des kleinen Mannes", bei den kleinen Banken besser gewahrt seien, als bei den grossen, so antworte ich: die kleinen sind bei den grossen sehr viel besser geschützt, wie das auch im Staatsleben der Fall zu sein pflegt. (Sehr gut!) Die kleinen Banken gingen mit ihren Noten an die grossen Bläse haften, machten dort Geschäfte und verwahrlosten ihre häuslichen Interessen, während die Preußische Bank überall mehr die Interessen des soliden Geschäfts und des kleinen Mannes im Auge hatte. (Sehr richtig!) Herr Röhlund meinte, wir müßten den Antrag beibehalten, weil durch eine ungebührliche Protection mittels Banknoten eine schädliche Überfütterung der Industrie herbeigeführt werden sei. Wer aber hat sich das denn mehr zu Schulden kommen lassen, die Privatbanken oder die Preußische Bank? Die kleinen Banken waren es, die das falsche Prinzip in unser Land gebracht haben, das ich auf das höchste beklage und dem ich glücklich bin, in diesem Gesetz den Krieg machen zu können, daß die Industrie jahraus, jahrein mit ungedeckten Banknoten betrieben werden sollte. Die ungedeckte Banknote ist keineswegs berufen, die Kleinindustrie zu stützen. Wenn ich die Wahl habe, ob die Notenausgabe bei einer Privat- oder der Reichsbank stattfinden soll, dann habe ich gar keinen Zweifel und ich hoffe, das Haus wird in demselben Sinne entscheiden. (Beifall.)

Ein weitere Antwort bringt heute die „N. A.“. Sie charakterisiert den „Herald“ nochmals als das Jesuitenblatt par excellence. Zwar habe er nicht die Aufgabe der „Civilta“, geradezu die Unterordnung des Staates unter die Kirche zu proclamieren, noch die kee zahlreichen Kaplanblättchen, die zur Lectire unwissender Landleute bestimmt sind. Die Arbeit des „Herald“ ist eine feinere. Seine Aufgabe ist, dem deutschen Reiche und dessen grossen Staatsmannen, als den gefährlichsten Gegnern der herrschsüchtigen Bischöfekaste, Feinde zu schaffen durch Hetze und Verläumden. Tonur, Bulen, Wallfahrt, blutende Jungfrauen, Ablatzkette, Wehrauchfasser. Aehnlich den römischen Hofconditoren unter den Borgias vermischt er sein Gift reichlich mit Stoffen, welche den Weltkindern munden, mit Sportnachrichten, Polizei- und Gerichts-Sandalen, Stadt- und Coulierschlatsch. Er nimmt keinen Anstand, einer seiner Correspondenten erzählen zu lassen, wie er sich die Abschrift des Erkenntnisses gegen den Grafen Arnim durch eine Dame verdeckt habe, die zu einer sehr geselligen aber nichts weniger als religiösen Schwester gehört. Es führt das grosse Wort für Freiheit, Evidenzion und Fortschritt. In solcher wohlschmeident Umhüllung gehen die Verläumdungen glatt hinunter, die Geherren und Aigen wären unter des Krieges gegen Frankreich, die Ausstreunung, daß Deutschland in Amerika Fuß zu fassen trachte, die gefährlichen Darstellungen von deutscher Politik, Gesetzgebung und Rechtspflege. Es ist eine der guten Wirkungen des Prozesses gegen den Grafen Arnim, die Aufmerksamkeit in Europa auf ein so gefährliches Organ der Brüder Jesu gerichtet zu haben.

Die „Germ.“ meint, wenn zwischen den Carlisten und Alfons Verhandlungen stattfinden, so könnten sich dieselben nur auf die Gustav-Affaire beziehen. Das Blatt läuft sich, die Nachricht von Verhandlungen über eine andere Uebereinkunft wird von mehreren Seiten bestätigt. Don Carlos soll zunächst eine Uebereinkunft angeboten haben, nach welcher die Carlisten die Feindseligkeiten einzufrieren würden, wenn Alfons Don Carlos als König der vier von ihm occupirten Provinzen anerkennen will. Alfons soll ablehnend grantwortet und gesagt haben, in Spanien könne es nur einen König geben. Der „Gauvouis“ veröffentlicht zwei vom Infanten Juan von Bourbon, dem Vater des Don Carlos, herrschende Actenstücke (ohne Datum, anscheinend aus dem Jahre 1864 stammend), in welchen der kleine König Isabella als seinen rechtmäßigen Souverän anerkannt und sich aller Thronansprüche beglebt. Sollten diese Documente authentisch sein, so würde die Thronensagung derselben Prinzen vom 3. October 1868 zu Gunsten des Don Carlos, auf welche der Carlismus seine Ansprüche begründet, tatsächlich wertlos sein. Freilich haben alle beratigen Actenstücke, wenn erst die Leidenschaften entfesselt sind, nur einen bedingten Wert.

Ein Correspondent der „N. A.“ meldet von der französischen Grenze, daß die in Bayonne befindlichen spanischen Liberalen mit dem Plan eingingen, das zeitige Ministerium des Königs Alfons zu stürzen, um an seine Stelle ein Cabinet Serrano-Sagasta zu setzen. Marshall Serrano selbst habe erklärt, spätestens in 14 Tagen wieder in Madrid zu sein. Zugleich meldet der Correspondent von dem aufsässigen Benehmen des neuen spanischen Consuls in Bayonne, Castro, Sohn des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, das derselbe den Carlisten gegenüber beobachtet. Vor einigen Tagen sei Doregaray in Bayonne gewesen und der Consul habe sich mit dem Adjutanten des carlistischen Generals öffentlich in einer Loge des Theaters gezeigt. Durch diese Haltung des Hrn. Castro, der übrigens ein Freund Frankreichs und ein Gegner Deutschlands zu sein scheint, ernthält, haben eine Anzahl Carlisten ihre Internierungsorte verlassen und sich wieder in Bayonne aufgehalten. Der Souspréfekt der Basses-Pyrénées hat dieselben jedoch aufgerufen, sich an die ihnen zugewiesenen Orte zurückzugeben, währendfalls er sie mit Gewalt werde dahn zurückbringen lassen.

Ein Correspondent der „N. A.“ meldet von der französischen Grenze, daß die in Bayonne befindlichen spanischen Liberalen mit dem Plan eingingen, das zeitige Ministerium des Königs Alfons zu stürzen, um an seine Stelle ein Cabinet Serrano-Sagasta zu setzen. Marshall Serrano selbst habe erklärt, spätestens in 14 Tagen wieder in Madrid zu sein. Zugleich meldet der Correspondent von dem aufsässigen Benehmen des neuen spanischen Consuls in Bayonne, Castro, Sohn des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, das derselbe den Carlisten gegenüber beobachtet. Vor einigen Tagen sei Doregaray in Bayonne gewesen und der Consul habe sich mit dem Adjutanten des carlistischen Generals öffentlich in einer Loge des Theaters gezeigt. Durch diese Haltung des Hrn. Castro, der übrigens ein Freund Frankreichs und ein Gegner Deutschlands zu sein scheint, ernthält, haben eine Anzahl Carlisten ihre Internierungsorte verlassen und sich wieder in Bayonne aufgehalten. Der Souspréfekt der Basses-Pyrénées hat dieselben jedoch aufgerufen, sich an die ihnen zugewiesenen Orte zurückzugeben, währendfalls er sie mit Gewalt werde dahn zurückbringen lassen.

Während die "Germ." noch immer fest zu Don Carlos steht, hat sich der Vatican schon mit Alfons versöhnt. Doch soll dieser vorläufig noch nicht die Ehre haben, einen päpstlichen Nun-tius in Madrid zu sehen, sondern nur einen Geschäftsführer, einen Msgr. Balotti, der schon früher bei den Madrider Nuntiatur angestellt war. Die Ernennung von neuen Cardinalen wird, wie man dem Berliner ultramontanen Blatte schreibt, noch vor Ostern stattfinden. Neben mehreren römischen Prälaten werden die Spalten des englischen und des belgischen Clerus für ihren ultramontanen Elter mit dem Purpur geehrt werden: Bischof Manning von Westminster und Erzbischof Dechamps von Mechelen.

Heute prophezeien die Ultramontanen wieder einmal den Krieg zwischen Deutschland und Russland. Ein englisches Blatt bringt nämlich ein Sensationstelegramm, wonach Kaiser Alexander am Sonntag den türkischen Botschafter in Petersburg wegen der montenegrinischen Sache ungefähr ebenso angefahren haben soll, wie Napoleon am Neujahrstage 1859 den Baron Hübler. Wie damals der Krieg zwischen Frankreich und Preußen folgte, so wird etwa gefolgt — muss also jetzt der zwischen Russland und der Pforte folgen. Kaiser Wilhelm hat aber gestern bei dem türkischen Gesandten in Berlin gespött, und wie die Nachrichten ausdrücklich hervorheben, wobei fahrt einem Vertreter der Pforte zum ersten Male diese Ehre. Kaiser Wilhelm giebt also zu erkennen, daß er im Kampfe auf Seiten der Türkei steht. Folglich ist die Allianz der nordischen Mächte zerrissen. Nur Schade, daß der größte Theil von vielen Ausführungen Lutze spätestens sind. Kaiser Wilhelm will Aristarchi Beh ehren, weil dessen Vorstellungen in Konstantinopel am meisten dazu beigetragen haben, die Pforte zur Vernunft zu bringen, also die Beleidigung des ganzen Conflictes herbeizuführen.

Deutschland.

Berlin, 26. Jan. Der Bundesrat wird morgen Mittag eine Sitzung halten, in welcher wahrscheinlich auch der Termin des Schlusses des Reichstages zur Besprechung gelangen wird. Wir hören, daß jetzt der Freitag hierzu in Aussicht genommen ist. Das der Schluss ohne besondere Heilelichkeit nicht im Weisen Saal, sondern im Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes erfolgen werde, soll neuerdings noch wieder zweifelhaft geworden sein. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Montag 1. Februar, Nachmittags 1 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Verordnung vom 6. November 1739 für die Dienstführung der Greben, Dorfschulen etc. in vormaligen kurhessischen Landesstädten; 2. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Leinwandlegion; 3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhaltung und Begründung von Schulwählungen sowie die Bildung von Wahlgenossenschaften. — Bei der heute eröffneten Provinzialsynode sind sämmtliche Wahlen zu dem Synodalvorstande im Sinne der Biermitte (Oberkirchenrats-) Partei ausgefallen.

In der Vorsitzenden Mönchbauhaus-Anstalt hat der "Post" zufolge eine Lohnreduktion in Höhe von 10—16% p.C. durchgängig stattgefunden.

Die in der Eröffnungsrede des Landtages in Aussicht gestellte Regelung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter soll der "B. u. D.-Btg." zufolge auf der Grundlage der Resultate der Konferenz erfolgen, welche die Staatsregierung im Jahr 1873 über das ländliche Arbeitsverhältnis berief. Es handelt sich darum, für das Rechtsverhältnis zwischen dem ländlichen Arbeitgeber und dem ländlichen Arbeiter gewisse positive Normen ähnlich denen aufzustellen, welche für die gewerbliche Arbeit gesetzlich bestehen, und Bestimmungen zu treffen, wodurch der Verwaltung (Polizei) Behörde eine vorläufige Entscheidung über gewisse aus dem Arbeiterverhältnisse entstehende Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überwiesen wird. Die praktischen Schwierigkeiten und Verlegenheiten welche neuerdings den Arbeitgebern aus dem Verhalten der Arbeiter erwachsen sind, machen sich in der Landwirtschaft ebenso fühlbar, wie in jedem anderen Gewerbe, was größtentheils darauf zurückgeführt wird, daß das Gesetz vom 24. April 1854 die Kontraktfreiheit nur bei einzelnen Clasen der ländlichen Arbeiter abhebt.

Zur kaiserlichen Tafel waren gestern u. A. die Präsidenten von Abgeordnetenhaus und die Oberbürgermeister von Bremen und Elbing (die Herren Kohleis und Selle) geladen.

Der Wunsch des Magistrats von Charlottenburg, über die Einrichtungen der Provinz Berlin, soweit die selben die kommunalen Interessen Charlottenburgs berühren, Auflösungen zu erhalten, ist vom Ministerium des Innern abschlägig beantwortet worden. Der Minister hält es nicht für angängig, vor der Einbringung des Gesetzes in's Abgeordnetenhaus vorzeitige Mitteilungen aus denselben zu machen.

Außer den von Anfang an für die Berliner Ständeamt bestellten Beamten, also je ein Standesbeamter, ein Stellvertreter, ein Assistent und ein Büreauhofsbeamter, sind in letzter Zeit noch 27 Personen den einzelnen Ständesämtern je nach ihrer Arbeitslast als Schreibhilfe überwiesen worden, so daß nun schon ein Beamtenteam von 24 Standesbeamten und Stellvertretern, 12 Assistenten, 12 Dienern und 27 Schreibern, zusammen 75 Köpfe besteht.

Die Berliner Universität hat in Stelle des verstorbenen Prof. Domeyer den Prof. Bessel erernen. Berufung in's Herrenhaus präfentirt.

Bis zum 9. Januar c. waren an Reichsmünzen im Ganzen ausgeprägt: an Goldmünzen 1.111.833.960 M.; an Silbermünzen 51.094.558 M.; an Nickelmünzen 6.718.559 M.; an Kupfermünzen 2.627.659 M.

Das Budget des Cultus-Ministeriums ließ den Beweis, daß die Universitäts-Institute bisher ungenügend dotirt waren. In dem Extraordinarium sind angelegt: "Zur Deckung des Defizits von 1873 und rückwärts für die Universitäten: Königsberg 22.500, Berlin 4700, Breslau 15.000, Halle 16.000, Kiel 38.000,

Bonn 30.000, zusammen 106.200 M. Um für die Zukunft derartige Unzuträglichkeiten zu vermeiden, sind die Beträge vielfach höher angelegt worden. Die Gesamtkasse der Erhöhungen für die Universitäten (einschließlich Münster und Braunsberg) beträgt 923.980 M.; davon entfallen auf die Universität Bonn allein 105.334 M. Für die Verbesserung der Besoldungen der Lehrer so wie zur Heranziehung ausgewählter Dozenten sind 60.000 M. angesetzt, 27.930 weniger als 1874, was in der bereits 1874 statt gefundenen Gehaltsausstattung begründet ist. "Zur Stipendien für Privatdozenten" sind 54.000 M. bestimmt. Ein solcher Posten befand sich bisher nicht im Budget. Er ist ohne Zweifel durch die immer mehr abnehmende Zahl der Privatdozenten, namentlich für die Rechtswissenschaft, veranlaßt worden.

Bremen, 26. Jan. Die Anklagesache gegen den Kaufmann H. Gerstel, früheren Kästner des Bremischen Borschuhvereins, wegen Unterschlagung kommt am 8. März d. J. vor der Criminal-Abteilung des hiesigen Kreisgerichts zur Verhandlung. Bekanntlich hat das Obertribunal die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Erkenntnis des Schwurgerichts, durch welches der Kaufmann H. Gerstel wegen einsachen Bankrotts und Unterschlagung zu vier Jahren Gefängnis und vier Jahren Ehrverlust verurtheilt wurde, anerkannt, und die Sache vor die Abtheilung gewiesen.

Glogau, 25. Jan. Wie dem "Std. u. Bdt." mitgetheilt wird, beabsichtigt man zuständigen Orts die Erweiterung der Festung Glogau in einer die bisher projectirte um das Doppelte übersteigenden Ausdehnung zur Ausführung zu bringen. Mit den bezüglichen Arbeiten soll im Laufe des künftigen Jahres definitiv begonnen werden.

Kiel, 25. Januar. Der Corvetten-Capitän v. Eisenbecker ist, der "Kiel. Btg." zufolge, zum deutschen Ministerresidenten und Generalconsul in Japan ernannt worden.

Aus Bayern, 23. Jan. Viel Aufsehen macht in Bayern, wie mehrere Blätter berichten, eine Schrift des Landtagsabgeordneten Appel-Rath-Dörrichmidt, "Über die klösterlichen Genossenschaften in Böhmen." In dieser Schrift heißt u. a., daß unter dem ersten König Maximilian Joseph, welcher die Säcularisation der Klöster durchgeführt und sich nur zu der Concession des Concordats herbeiließ, 7 Klöster bestanden hätten. Unter Ludwig I. vermehrten sie sich auf 161. Bis zum Tode Maximilians II. waren sie auf 441 gestiegen. Vom 10. Mai 1864, mit welchem Tage Ludwig II. den Thron bestieg, bis Ende 1873 stiegen sie auf 631. — Zu dieser Zeit gab es 112 männliche (obwohl kurz vorher 120 Redemptoristen das Land geräumt hatten) und 505 weibliche Mitglieder.

Frankreich.

Paris, 24. Jan. Die in den Debatten der National-Versammlung vorgestern vorgekommene Auseinandersetzung auf die Beteiligung des Großvaters des Prinzen von Orleans an der Verurtheilung Ludwig's XVI. veranlaßt den "Gaulois," die betreffende Stelle aus dem offiziellen Sitzungsberichte des "Moniteur" von damals abzudrucken. Es lautet: "Nationalcontent. Sitzung vom Mittwoch, 16. Jan. 1793. Dritter Kammeraufzug. Egalité (vormals d'Orléans). Nur mit meiner Pflicht bestätigt, überzeugt, daß Alle, welche die Souveränität des Volkes angegriffen haben oder in der Folge angefeindet werden, den Tod verdienen müssen ich für den Tod. (Einiges Murken erhebt sich in einem Theile des Saales.)" — Nach dem Austritte von Colas in Constantine aus der National-Versammlung sind wieder 11 Sitze leer, für welche Erstwahlen anzutreten sind.

— 25. Jan. Heute Nacht starb plötzlich Paul Fouquer, Senior der Pariser Correspondenten, welcher seit 25 Jahren als Haupt-Correspondent der "Indépendance belge" fungirte. Fouquer war ein Schwager Victor Hugo's.

Spanien.

Der schreckliche Befehl des Carlistens Generals Zarraga, welcher alle auch nur in der Nähe ihrer Berufsorte angetroffenen Eisenbahn- und Telegraphen-Beamten dem Tode überließert, ist leider kein leeres Wort geblieben. Ein Mörder haben die Carlisten einen Telegraphisten aus der Mitte seiner stehenden Kinder zum Richtplatz geschleppt und erschossen, worauf vier der Worbrenner in die Wohnung der unglücklichen Witwe eindrangen und, indem sie ein unter das Bett gestelltes Gefäß mit Petroleum anzündeten, das Haus niedergebrannten. Wohl können spanische Blätter, wenn sie diese Unthät verzeihen, hinzusehen: Welcher Schimpf für uns, daß diese Vorgänge im Aeußern bekannt werden. Angesichts solcher Barbarie hat der Kriegsminister an den General Duesada, Oberbefehlshaber der Arme des Centrums, zum Schutz der wehrlosen Beamten eine Verfügung erlassen, daß jeder bewaffnete Carlist, der innerhalb der Demarcationslinie der Arme des Centrums auf einer Bahnhofstrecke oder in einer Entfernung von weniger als einer Stunde von einer solchen betroffen wird, dem Comandiren der nächstliegenden Truppenabtheilung vorzufliegen ist, der den Gesangenen nach militärischem Verhöre und religiöser Verbereitung erschießen lassen und abschau an den General darüber berichten soll. Das französische à la guerre comme à la guerre haben die Spanier schon nothgedrungen in à las fieras como fieras (gegen die Bestien wie die Bestien) übersetzt.

Italien.

Rom, 25. Jan. Sitzung der Deputirten-Kammer. Garibaldi war heute zum ersten Male in der Kammer erschienen und leistete das vorgeschriebene Gelübde ab. Auf der Tagesordnung stand der Antrag von Cialdi, dem Ministerium aus Veranlassung der in der Villa Rustici vorgenommenen Verhaftungen ein Todesbotum zu ertheilen. Der Antrag wurde nach längerer Debatte mit 232 gegen 121 Stimmen abgelehnt. (B. T.)

Die Meldung über die vom Finanzminister mit der Tabaksgesellschaft abgeschlossene Convention, wonach letztere von ihm in diesem Jahre und im Jahre 1876 zur Auslösung gelangenden Serien ihrer Obligationen zwei für Rechnung der Regierung amortisiren und dafür zwei neue in den Jahren 1882 und 1883 verfallende Serien erhalten soll, hat zu dem Irrthum Veranlassung gegeben, daß in Folge derselben in der Sitzung und Rückzahlung der Tabaksobligationen irgend welche Aenderung eintreten könnte. Es ist dies jedoch nicht der Fall. Es handelt sich nur um ein internes Abkommen zwischen der Regierung und der Tabaksgesellschaft.

Collegium außer dem Bürgermeister, dem Beigeordneten und dem Rämmere Leibschiff angehören sollen die Neuwahl eines unbefoldeten Magistrats-Mitgliedes in Antrag gestellt, da deren bisher nur 8 existierten, welche bei der Annahme der Geschäfte nicht mehr ausreichend erscheinen. — Die Mutter des vor einigen Tagen in eine Schachtel verpackten toden Kindes ist durch die Polizeibehörde ermittelt worden. Es ist eine lebige Person und ist das Kind nach den angestellten Recherchen tot zur Welt gekommen.

England.

London, 23. Jan. Der Congress der Gewerkschafts-Delegirten in Liverpool beendigte gestern seine Sitzungen und vollzog vorher noch die Wahl eines parlamentarischen Comitiss. Das Parlaments-Mitglied Macdonald ermächtigte die Delegirten ja keine Leute zu wählen, die betrüben in den Räumen des Parlamentsgebäudes erscheinen und so die Gewerkschaften beschimpfen würden. Der Congress nahm sich den Rath zu Herzen. Die nächstjährige Generalversammlung soll in Glasgow stattfinden. — Nachrichten von der afrikanischen Westküste bestätigen den Untergang des englischen Kanonenbootes "Ariel."

— 26. Jan. Der "Hour" zufolge hat Disraeli ein Schreiben an Gladstone gerichtet und darin sein lebhafte Bedauern über dessen Entschluß, von der Führerschaft der liberalen Partei zurückzutreten, ausgedrückt. Wie die "Hour" ferners wissen will, hätte Gladstone selbst den Marquis von Hartington indirect als seinen Nachfolger an der Spitze der liberalen Partei anempfohlen. Bright brachte bei einer gestern in Birmingham gehaltenen Rede gleichfalls Gladstones Rücktritt zur Sprache und bezeichnete ihn als einen schweren Verlust für das Parlament und für die Nation. Im Übrigen galt Bright's Rede einer Befreiung der Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung in Bezug auf die Patronatsverhältnisse in der scottischen Kirche und den religiösen Cultus. Bright kam dabei auch auf den inneren Zwiespalt in der anglikanischen Kirche und meinte, eine weitere Klärung würde für England und den Protestantismus ungemein eine große Wohlthat sein, nur dürfe dieselbe nicht durch heftige und gewaltsame Agitation herbeigeführt werden. (W. T.)

Frankland.

Petersburg, 26. Jan. Die Reichsbank kauft fortwährend Edelmetalle ein und soll bereits 250 Millionen Gold und Silber besitzen. Die Bank wird demnächst eine gänzliche Umgestaltung nach Muster der westeuropäischen Bankinstitute unternehmen. Auch spricht man von bevorstehender Einführung der Metall-Währung.

Amerika.

Washington, 21. Jan. Die in der letzten Session unerledigt gebliebene kleine Tax-Bill hat den Congres unverändert passirt, ausgenommen in Bezug auf Hopfen. — Massachusetts hat seinen Repräsentanten, Mr. Dawes, zum Secretär an Stelle des verstorbenen Mr. Sumner, und Missouri Mr. Cobell, einen Demokraten, zum Nachfolger von Carl Schurz im Senat gewählt.

— 25. Jan. In der dem Congresse zugegangenen Budgetvorlage macht der Schatzsekretär Bristow behufs Erhöhung der Staatseinnahmen den Vorschlag, die im Jahre 1872 für Stahl und Eisen eingeführte Herabsetzung des Zolles um 10% künftig wieder in Wegfall zu bringen und außerdem auf Thee, Kaffee und andere bisher zollfreie, nicht weiter specialisierte Artikel Steuer zu legen.

Dänemark.

* Im Etat der indirekten Steuern pro 1875 sind für den Neubau des Hauptzollamts in Danzig 156.000 M. angelegt.

* [Theater.] Wie zu hören, ist die Aufführung von "Richard III." in Vorbereitung. Das Stück soll in nächster Zeit und zwar als Benefiz für Herrn Wohlmut in Scene gehen.

Tiegenhof, 25. Jan. Dem diesjährigen Eisgang hat man hier und in der ganzen Gegend mit sehr großer Besorgniß entgegengesehen. Die Nachrichten, daß in Galizien und Ungarn außerordentlich grosse Schneemassen gefallen seien, dazu das plötzliche, anhaltende sehr heftige Thauwetter, mit Sturm und Regen verbunden, bei dem die Temperatur bis +9° R. stieg, ließ so bedeutende Quantitäten Wasser und einen so rapiden Eisgang fließen, daß es Niemand zu verdenken war, wenn er seine Vorsichtsmaßregeln gegen eine als ziemlich sicher gefürchtete Überschwemmung traf. Bis jetzt hat sich die Furcht glücklicherweise als eine unberechtigte gezeigt. Daß die großen Schneemassen in Ungarn und Galizien nicht gefallen seien, geht daraus hervor, daß das Wasser in Warschau nur allmälig und bis zum 23. Jan. nur bis 11 Fuß 2 Zoll gestiegen ist, und dann zum Stillstand gekommen. Überall in der Weichsel ist der Wassersstand mäßig, überall 3. B. bei Culm, Kurzbrad, Thorn, Thorn polternder Eisgang, bei Dirschau ebenfalls Eisbewegung; am 23. Jan. Nachmittag derselbst 11 Fuß 2 Zoll Wasser. Die Nogat kam den 22. Jan. in Bewegung. Seit vorigem früh bis zum Reihe-Ueberfall (Elbing) frei von Eis, bei 12 Fuß 3 Zoll am Woldzower Pegel. Die Ueberfälle in der Einlage ziehen etwas, jedoch nicht stark. Von der 2. Ellerwalder Trift bis zur Reihe aufgezogen. Der untere Theil der Weichsel liegt die Elbingen liegen noch in Winterlage und dürfte, falls der gegenwärtige Frost bleibt, der Eisgang um so weniger eintreten, als die Nachrichten von Warschau kein Wachsen des Wassers melden. Bedenkt, daß wir eine große Masse Wasser los. (B. T.)

Regulierungspreis 1268 bunt lieferbar 185 R.

Auf Lieferung 1268 bunt 185 R. April-Mai 184 R.

Br. 25. Mai-Juni 195 R. Br. 192 R.

Gd. 25. Mai-Juni 195 R. Br. 192 R.

Regulierungspreis 1208 lieferbar 150 R.

Auf Lieferung 25. April-Mai 155 R. Br.

Gerste loco 25. Tonne von 2000 R. grobe 113/4 R.

Petroleum loco 25. Tonne ab Neufahrwasser 12.75 R.

Auf Lieferung 25. Februar 12.50 R.

Steinkohlen 25. Tonne ab Neufahrwasser in Waggonladungen, doppelt gesteckt 195 R. 192 R. 188-194 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt lieferbar 185 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

Wachs- und Fettöl 1268 bunt 185 R. 184 R.

</div

Adolph Lewinsohn und Frau
zeugen die Verlobung ihrer Nichte
Louise Mannheim mit Herrn
Isidor Sternberg-Godzieszen
statt besonderer Meldung hiermit er-
gedenkt an.

Marienwerder, 25. Jan. 1875.

Charlotte Schmelzer,
Hermann Tiesen.
Verlobte.

Elbing, 25. Januar 1875.

Heute Nachmittags 5 Uhr starb
nach langem schweren Leid meine
liebe Frau, unsere gute Mutter und
Schwiegermutter

Renate Regina Knoff,

geb. Pfeiler,
im 55sten Lebensjahr. Dieses zeigen
wir tief betrübt an.

Dirschau, 26. Januar 1875.

Wilhelm Knoff,

L. Korinski,

Johanna Korinski,
geb. Knoff.

Statt besonderer Meldung.

Den gestern Abend 10^{1/4} Uhr erfolgten Tod
meines geliebten ältesten Bruders Hen-
rietze zeige ich tief betrübt zugleich im Namen
meiner Kinder, um füllte Theilnahme bittend,
statt jeder besonderen Meldung an.

Krampelewitz, 25. Januar 1875.
Fritte und Frau.

Den am 25. d. M. in Merleburg in ihrem
85. Lebensjahr erfolgten sanften Tod
meiner geliebten ältesten Schwester Hen-
rietze zeige ich tief betrübt zugleich im Namen
meiner Kinder, um füllte Theilnahme bittend,
statt jeder besonderen Meldung an.

Danzig, den 27. Januar 1875.

Gustav Niemann,

Geb. Reg. Rath.

Bekanntmachung.

Das der Steuer-Verwaltung schriftliche
ehemalige Thor-Controlegebäude am Wafer-
baum nebst Zubehör, sowie die dazu gehö-
rige Aufsichtsstube, soll höherer Anordnung
aufgefolgt an den Meistbietenden öffentlich
verkauft werden.

Hierzu haben wir einen Termin auf
Sonnenabend, den 27. Februar ex.,
Vormittags 10 Uhr, in unserem Amtssalone
Schafferei No. 10, anberaumt, zu welchem
Kaufstätigkeit mit dem Bemerkern eingeladen
werden, daß die Bedingungen für die Lic-
tation in unserer Registratur in den Dienst-
stunden eingesehen werden können.

Von den Licitanten hat jeder eine Cau-
tion von 100 Thlr. zur Sicherung des ab-
gegebenen Gebots im Terminehaar einzuzah-
len.

Danzig, den 15. Januar 1875.

Königl. Haupt-Zoll-Amt.

Verpachtung
des Vorwerks Kohlhof.

Das dem Königlichen Militair-Fiscus
gehörende ehemalige Osten-Vorwerk „Kohl-
hof“, & Stunde von Königsberg, soll vom
1. April dieses Jahres ab anderweitig auf
4 Jahre verpachtet werden. Die dabei zu
Gründe gelegten Bedingungen können im
Bureau der Festungs-Bau-Direction, Hin-
terhofgarten No. 58, während der Dienst-
stunden eingesehen, auf Verlangen und gegen
Erlegung von 20 Sgr. Schreibgebühren,
aber auch in Abschrift bezogen werden. Die
Besichtigung des Pachtgegenstandes ist den
Tage festen auf vorherige Annahme im
Bureau der Festungs-Biegelei im Kohlhof
sicherlich gestattet.

Pachtstiftung haben ihre Offerten bis spä-
testens zum

18. Februar ex.

Vormittags 10 Uhr,
versiegelt und portofrei mit der Aufschrift:

„Offerie auf die Pachtung des
Vorwerks Kohlhof“

an das Fortifications-Bureau einzusenden, zu
welcher Zeit die Eröffnung derselben in
Gegenwart der dazu erscheinenden Submis-
tenten stattfinden wird.

Königsberg, den 26. Januar 1875.

Königliche Festungs-

Bau-Direction.

(9490)

Donnerstag, den 28. Januar bleibt
mein Geschäft bis Mittags 1 Uhr
geschlossen.

A. Cohn Wwe.

Einer Privat-Gesellschaft
wegen sind meine Gartenlocale Sonnenabend
den 30. Januar geschlossen.

L. Lenk, Kahlbude.

H. Becker,

Bähnkmüller,

bekreift sich anzugeben, daß er Montag, den
1. Februar in Berlin eintraffen wird, und
in Bohler's Hotel, Zimmer No. 5 u. 6,
bei seinem nur 6-tägigen Aufenthalte täglich
Vormittags von 9—12 Uhr, Nachmittags
von 2—6 Uhr für Bähnküller zu kon-
sultieren ist.

(9497)

Neue Couponsbogen.

Gegen die bis 21. Dezember v. J.
incl. bei uns eingereichten Talons
von Westpreußischen Pfandbriefen &c.
find die neuen Couponsbogen einge-
troffen, und halten wir dieselben
während unserer Geschäftsstunden zur
geselligen Empfangnahme bereit.

Meyer & Gelhorn,

Danzig,

Bank- und Wechselgeschäft, Langen-
markt No. 40.

(9517)

Ein Böhmer'scher Flügel (Leipzig) steht z.
Verkauf Heiligegeistg. 100, 1. G.



Rud. Kawalki, Breitgasse 10.
Nähmaschinen aller gangbaren
Systeme mit den neuesten Verbesserungen
und aus den besten Fabriken empfiehlt in großer Auswahl:

Für Familiengebrauch

und Erwerb:

Wheeler & Wilson, deutsche Singer,

Bassermann & Mondt Lit. A., Grover

& Baier und Handnähmaschinen,

Für Schneider, Kürschner,

Schuhmacher u. Lederschöpfer:

Singer-Cylinder, Universal Grover u. Baier, Bassermann u.

Mondt Lit. C. Elastique, Säulen-Maschinen

billigt bei reeller mehrjähriger Garantie. Reparaturen werden

bestens ausgeführt. Prima Nadeln, Knöchenöhl und Garn empfiehlt

Breitgasse Rud. Kawalki, Breitgasse

10.

Um Irrthümern vorzubeugen die ergebene Mithellung, daß sich mein Nähma-
schinen-Geschäft nur allein in meinem Hause Breitgasse 10, Kohlengassen-Ecke, befindet.

(9498)



2 fette Hößen

zu verkaufen in Tockar. (9506)

Mein lastenbrammer Hengst, schwerer
Wagenhengst, früher im Besitz des
Herrn Dan-Hornberg, steht vom 1. Febr.
an täglich Morgens 8 Uhr und Nachmittags
4 Uhr fremde Stuten gegen ein Stall- und
Stall-Geld von 12 Mark.

Klein-hof-Praufl, im Januar 1875.

(9494)

Schlenther.

Ein großes, herrschaftl. Garten-Grund-
stück in der Nähe des Vorstädtischen

Grabens ist für 7500 Thlr. bei 2—3000 Thlr.

Anzahlung sofort zu verkaufen und zu April

1875 zu bezahlen. J. Kleemann in

Danzig, 1. Damm No. 4. (938)

Eine feine Restauracion

in Elbing,

in einem eleganten Hause mit Saal, worin

mehrere Vereine tagen, der aber auch zur

Aufstellung diverser Billards dienen kann,

ist wegen Geschäftsaufgabe des Besitzers

unter coulanten Bedingungen zu verkaufen.

Näheres bei Restaurator

Ed. Schneyder,

9500) Spieringsstr. 15

Eine Krugwirtschaft wird auf

dem Lande von einem zahlungsfähigen

Bräuter zum 1. April ex zu pachten

gesucht. Gef. Adr. unter No. 9507

in der Exped. d. Sta. erbeter.

Ein an der Langfuhrer Chaussee belegenes

herrscht. Gartengrundstück ist ortsvor-
derndeshalb zu verkaufen. Adressen werden in

der No. 9229 in der Expedition dieser

Zeitung erbeten.

Eine Gastwirthschaft in

einem kleinen Provinzialstadt belegen,

ist bei Anzahlung von 1500 R für den Preis

von 4500 R zu verkaufen event. zu ver-
pachten. Näheres bei Adolf Polens

Heilige-Strasse 87 I. (9371)

Ein kleines Grundstück

nahe bei einer kleiner Stadt und ein

Agentur-Geschäft mit sicherer Kund-
schaft, sind Umstände halber billig zu

verkaufen. Näheres bei Herrn Emil

Neumann in Danzig. (9404)

Auf 1 Grundstück, Werth 8000 Thlr.,

Feuerwehrfestsung 5000 Thlr., werden

4000 Thlr. zur ersten Stelle gesucht. Selbst-
dorfer belieben ihre Adr. unter No. 9525

in der Exped. d. Sta. abzugeben.

2450 Thlr.,

werden gegen populärseid Siderheit auf ein

läufiges Grundstück im Kreise Thornt aus-
wärts gesucht, we l in Thornt meistens sucht-

dort dergleichen statfindet und Landschaft wie

Bank statutärnäig diese wegen eines Alten-

theits nicht geben können.

Näheres in der Expedition dieser Zeitung

unter 9502.

Ein erfahr. Buchhalter

wünscht seine freie Zeit mit Buchführern,

Correspondenz oder ähnlich. schriftl. Arbeiten

zu abschaffen. Adr. unter No. 9546 in der

Exped. d. Sta. erbeter.

Ein Buchhalter wünscht seine

freie Zeit mit Geschäftsbüchern auszufüllen.

Adressen b. ließe man unter No. 9524 in der

Exped. d. Sta. einzureihen.

Ein Buchhalter wünscht seine

freie Zeit mit Geschäftsbüchern auszufüllen.

Adressen b. ließe man unter No. 9524 in der

Exped. d. Sta. einzureihen.

Ein junge Dame und ein

junger Mann,

die im Tapisserie- und Kurzwaren-Geschäft

recht gewandt sind, finden dauernde Stell-

lung.

Offerten sub J. L. 2980 beförert

Rudolf Moos in Berlin S. W.

Ein junger Kaufmann,

der auch gediegene Schulbildung besitzt und

vor Liebe für die Aukholz-Branche hat,

findet in Berlin dauernde Stellung.

Offerten mit Abdrift sämliche Zeug-

nisse und Lebenslauf sub J. W. 2971 be-

fördert Rudolf Moos, Berlin S. W.

Eine Erzieherin in gesetzten Jahren wird

bei drei Kindern, im Alter von 12, 9 u.

7 Jahren, sogleich zu engagiren gewünscht.

Dabei bei Lupow, Kreis Stolp.

9415) A. Gohlke.

Eine leistungsfähige

Beilage zu Nr. 8942 der Danziger Zeitung.

Danzig, 27. Januar 1875.

Provinziales.

† Neustadt, 26. Januar. In der gestrigen Stadtvorordneten-Versammlung wurde zuerst das Gehalt des Stadtwaichtmeisters auf 900 R fl erhöht. Dann acceptierte die Stadt die Provocation des Magistrats bezüglich der Ablösung der Realverpflichtungen der Stadt gegenüber dem katholischen Künster und Organisten. Der Bau von Stallungen und eines Gebäudes für Appartements der neuen Stadtschule wurde vorläufig noch ausgesetzt. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung war die Wahl des Büros aus der Versammlung. Zum Vorsteher wurde Rechtsanwalt Otto, zum Stellvertreter Kanzleidirigent Richard, zum Schriftführer Zimmermeister Seiger, zum Stellvertreter Buchdruckereibesitzer Brandenburg gewählt. — In vergangener Woche hat sich, nachdem die allgemeine Ressource ihre Zusammensetzung für dieses Jahr vertragt hatte, eine Bürger-Ressource, unter dem Namen "geselliges Kränzchen" hier gebildet. — Am 23. d. M. hielt in Wittenberg's Hotel Herr Landrat Bornbaum vor einer Versammlung der Amts vorsteher und Standesbeamten einen Vortrag über die amtlichen Funktionen dieser Kreisbeamten, an die sich eine lebhafte Discussion über einige Fälle aus der Praxis anschloß. — Am 30. Januar findet in demselben Lokale ein Kreistag statt, in welchen unter andern Vorlagen auch der Kreishauslastetat für 1875 festgestellt werden soll.

** Marienburg, 26. Jan. Das Wasser der Nogat ist immer noch im Steigen begriffen, die Wassermühlen haben den Betrieb bereits eingestellt. Der eben eingetrodene Frost hat nun vorläufig einen Stillstand der Steigung veranlaßt, der aber wohl nicht von langer Dauer sein wird. Die nahe der Stadt gelegene Ortschaft Sandhof ist bereits zum Theil unter Wasser gesetzt. — Die Stadtvorordnetenversammlung hat für das laufende Jahr wiederum Justizrat Hartwig als Vorsitzenden gewählt und auch die übrigen Amtler ihren bisherigen Inhabern übertragen, welche sämtlich die Wahl angenommen haben. In derselben Sitzung wurden die Kosten für die Stellvertretung des im Disciplinarwege zur Disposition gestellten und jetzt wieder angenommenen Lehrers G. bewilligt; dieselben beliefen sich auf 172 R. 24 Pf.; am Schluß erfolgte die Wahl einer aus 9 Mitgliedern bestehenden Commission für den diesjährigen, hier abzuhaltenen Lurus-Pferdemarkt. — Eine vorläufige Anzeige kündigt uns zum 7. Februar eine zum Besuch des evangelischen Diaconissenhauses arrangirte Theatervorstellung von Dilettanten an. Darf man einem ziemlich energisch colportirten Gerüchte Glauben schenken, so hätten wir ferner im Bilde den Besuch des Elbinger Theaterdirectors Hoffmann zu erwarten.

Elbing, 26. Jan. Unsere Kaufleute und diejenigen Gewerbetreibenden, welche ein offenes Geschäft halten, sind unwillig darüber, daß die R. Regierung auf Antrag des Provinzial-Amtungs-Inspectors die Anordnung getroffen hat, sämtliche in ihrem Geschäft zur Anwendung kommenden Gewichte und

Masse in ein kleines Octavbuch — hier das „blaue Buch“ genannt — einzutragen und dem revisirenden Polizeibeamten zur Einsicht vorlegen zu müssen. Diese Eintragung hat den Zweck, daß nicht nebenbei gesetzlich ungülässige Masse und Gewichte geführt werden; vielmehr sollen dieselben bei etwa vorgenommener Revision unmachlich confiscirt werden. Wie sehr eine strenge Controle gerade in unserer Stadt Noth tut, mag die auffällige Thatstache beweisen, daß bei einer im vorigen Jahre veranstalteten Revision unter 273 das kaufmännische Gewerbe betreibenden Personen 115 die gesetzlichen Anordnungen übertreten hatten. Es mußten in Folge hiervon theils als nicht geacht, theils als geradezu unrichtig confiscirt werden: 248 Gewichte, 67 Wagstaaten, 30 Hohl- und 2 Längemaße. Das sind böse Zahlen, die zwar zum Theil durch entschuldigt werden, daß jene Revision gewissermaßen noch in die Übergangsperiode fiel; aber immerhin haben wenigstens die Consumenten Ursache, der hiesigen Polizeibehörde für die strenge Durchführung der getroffenen Anordnung dankbar zu sein. — Die neue Löchterschule steht jetzt ihrem Neuherrn nach fertig da und gereicht der Stadt in ihrem schmucken Aufbau zu nicht geringen Zierde. Dieselbe hat freilich bereits ein Capital von 70,000 R fl verschlungen und dürfte zur inneren Einrichtung, sowie zur Umwidmung des Platzes noch mindestens eine weitere Ausgabe von 4000 R fl nötig machen; ihre Eröffnung findet jedenfalls noch im Laufe dieses Jahres statt. — Die hiesigen Communalbeamten sind zu einem Vereine zusammengetreten, der neben der eigenen Fortbildung hauptsächlich den Zweck verfolgt, in Gehalts- und Pensionsverhältnissen eine Gleichstellung mit den Staatsbeamten anzubahnen. Dieselben haben zur Lösung dieser Aufgabe eine Anforderung an die Collegen in der Provinz erlassen, um mittelst Delegirten-Versammlungen gemeinsam auf das gesteckte Ziel loszusteuern. — Seitens des Fürsten Bismarck ist dem Elbinger Landwirtschaftlichen Zweigverein auf seine am Stiftungsfest übersandte telegraphische Depesche eine briefliche Antwort zugegangen, worin er denselben für den übersandten Gruß dankt und von ihm hofft, daß er bei Förderung der Landwirtschaft stets ein Sammelpunkt für Anhänger von Kaiser und Reich bleiben werde. — Die in den letzten Wochen über die Zahlungsverbindlichkeiten einer hiesigen Fabrik umlaufenen Gerüchte sollen gestern die Gläubiger in gemeinsamer Berathung zu einem Beschlusse geführt haben, der die drohende Gefahr unter Weihilfe günstiger Conjecturen möglicher Weise noch abzuwenden im Stande ist. Hoffen wir, daß unsere bereits so schwer heimgesuchte Stadt von weiteren Calamitäten dieser Art verschont bleiben möge!

Elblow, 26. Jan. Unter den Kindern treten hier seit letzter Woche die Masern derart auf, daß am Sonnabend die Schulen bereits geschlossen werden mußten. Der Verlauf der Krankheit ist im Ganzen aber ein ziemlich günstiger, da derselben bis jetzt erst zwei Kinder erlegen sind. — Der Kreistag hat in

*) Mit Bezug auf eine zurückgelegte Correspondenz vergl. No. 8884 d. Stg. unter Schloßau. D. Red.

seiner letzten Sitzung am 15. d. M. beschlossen, von den vielen im Kreise vorhandenen taubstummen Kindern zehn in der Taubstummen-Anstalt in Schloßau unterzubringen und für jedes hundert Thaler zu zahlen. Die Mehrzahl dieser Unglücklichen hat Sprache und Gehör in Folge der hier in der Umgegend vor etwa 8 Jahren, namentlich unter den Kindern aufgetretenen „Genitstarre“ verloren. — Die Vorarbeiten für die projectirte Eisenbahn Gnesen-Nakel-Conitz sind jetzt vollständig fertig gestellt. Zur Berathung über die in dieser Angelegenheit weiter zu ergreifenden Maßregeln findet am 8. Febr. im Hotel Nord zu Nakel eine Versammlung statt, zu welcher sämtliche Interessenten eingeladen werden. Die gedachte Bahn würde den hiesigen Kreis in der Richtung auf die Städte Landsberg, Tempelburg und Camin durchschneiden. — Die letzte Woche brachte der Ostbahnhof wieder manchen Unglücksfall. Am Sonnabend, beim Einfahren des aus Bromberg kommenden Zuges 24, wollte ein Schlosser aus der Reparaturwerkstatt zu Schneidenmühl noch über die Schienen laufen, wurde aber von der Maschine erfaßt, niedergeworfen und bis vor das Stationsgebäude geschleppt, wobei er so starke Beschädigungen erlitt, daß sein Aufkommen zweifelhaft ist. An demselben Tage fiel ein Arbeiter von der Bahnmutter-Lowry und erhielt starke Verletzungen; ein anderer Arbeiter wurde auf der Strecke zwischen Schönfeld und Schneidenmühl vom Arbeitszuge überfahren und getötet. Einige Tage früher versuchte zwischen Hirshau und Conitz ein Arbeiter kurz vor einer die Strecke passirenden Draissine über die Schienen zu springen, fiel aber und erlitt durch Überfahren sofort den Tod. Sämtliche Unglücksfälle sind aber in keiner Weise der Verwaltung, sondern lediglich den Betroffenen selbst zur Last zu legen.

* Am 25. und 26. Mai d. J. findet eine große landwirtschaftliche Ausstellung der Vereine Köslin, Seeburg, Allenstein, Orlensburg, Rastenburg, Bartenstein, Pr. Eylau, Domnau und Lauth-Uderwangen, verbunden mit Verlosung und Widerremmen, am Bahnhofe Röbisch der Thorn-Inselerburger Bahn statt. Zur Ausstellung werden sämtliche landwirtschaftliche Thierarten, Produkte, Geräthe und Maschinen der Land-, Forst-, Garten- und Hauswirtschaft zugelassen, und zur Beschickung derselben auch die Herren eingeladen, welche nicht Mitglieder der combinirten Vereine sind, mögen sie innerhalb oder außerhalb deren Bezirke wohnen. Anmeldungen nimmt das Mitglied des Ausstellungs-Comites, Gutsbesitzer Kießell-Pfaffendorf (pr. Bischofsburg) bis zum 15. April c. entgegen.

Börsen - Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 26. Jan. Effecten-Societät. Creditaction 202%, Franzosen 267%, Lombarden 116%, Galizier 214%, Elisabethbahn 170%, Nordwestbahn 134, Hahn'sche Effectenbank 111%, Spanier 23%, Fest und ziemlich lebhaft.

Hamburg, 26. Januar. [Productenmarkt.] Weizen loco sehr flau, auf Termine fest. — Roggen loco sehr flau, auf Termine fest. Weizen 26. Januar

126 R. 1000 Kilo 189 Br., 187 Gd., 26. Januar Februar 126 R. 188 Br., 186 Gd., 26. April-Mai 126 R. 188 Br., 187 Gd., 26. Mai-Juni 126 R. 190 Br., 189 Gd. — Roggen 26. Januar 1000 Kilo 156 Br., 154 Gd., 26. Januar-Februar 156 Br., 154 Gd., 26. April-Mai 150 Br., 149 Gd., 26. Mai-Juni 149 Br., 148 Gd. — Hafer und Gerste sehr flau. — Rübel ruhig, loco, 26. Januar und Mai 200 Gd. 56. — Spiritus still, 26. März Liter 100 % 26. Januar und 26. Februar-März 44, 26. April-Mai 45, 26. Mai-Juni 45. — Kaffee ruhig, geringer Umsatz. — Petroleum ruhig, Standard white loco 11,00 Br., 10,90 Gd., 26. Januar 10,80 Gd., 26. Januar-März 10,60 Gd., 26. August-Dezbr. 11,70 Gd.

Amsterdam, 26. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht) Weizen 26. Mai 267, 26. Novbr. 277. — Roggen 26. October 186.

London, 26. Jan. [Schluß-Course.] Consols 92%. 5% Italienische Rente 66 1/4. Lombarden 11 1/2. 5% Russen de 1871 100%. 5% Russen de 1872 100%. Silber 57%. Türkische Anleihe de 1865 41 1/2. 6% Türken de 1869 54%. 6% Vereinigte Staaten 26. Januar 1882 103%. 6% Vereinigte Staaten 5% suddite 102%. Österreichische Silberrente 67 1/2. Österreichische Papierrente 63%. 6% ungarische Schatzbonds 90%. — Aus der Bank floßen heute 246,000 Pf. Sterl. — Spanier 22%. — Wechselnotrungen: Berlin 20,68. Hamburg 3 Monat 20,68. Frankfurt a. M. 20,68. Wien 11,37. Paris 25,42. Petersburg 32%.

Liverpool, 26. Jan. [Baumwolle] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 7 1/2, middling amerikanische 7%, fair Dhollerah 5 1/4, midd. fair Dhollerah 4 1/2, good middl. Dhollerah 4%, middl. Dhollerah 4%, fair Bengal 4%, fair Broach 5%, new fair Doura 5 1/4, good fair Doura 5%, fair Madras 5, fair Bernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 9. — Williger. Surats matt. Amerikanische Verschiffungen angeboten.

Liverpool, 26. Januar. Getreide markt. Weizen stetig. Mehl ruhig. Mais 1s niedriger.

Paris, 26. Jan. Productenmarkt. Weizen ruhig, 26. Januar 25, 25, 26. Februar 25, 00, 26. März-April 25, 25, 26. Mai-August 26, 00. Mehl ruhig, 26. Januar 54, 00, 26. Februar 53, 75, 26. März-April 53, 75, 26. Mai-August 55, 25. Rübel ruhig, 26. Januar 75, 25, 26. März-April 76, 25, 26. Mai-August 77, 50, 26. Septbr.-Dezbr. 79, 50. Spiritus ruhig, 26. Januar 53, 00, 26. Mai-August 54, 25.

Petersburg, 26. Jan. (Schlußcourse.) Londoner Wechsel 3 Monat 33%. Homburger Wechsel 3 Monat 285%. Amsterdamer Wechsel 3 Monat 162%. Pariser Wechsel 3 Monat 349%. 1864er Prämien-Anl. (gestpl.) 192. 1866er Präm.-Anl. (gestpl.) 191 1/2. 1/2 Importals 5, 90. Große russische Eisenbahn 149. Russische Bodencredit - Pfandbriefe 103%. — Productenmarkt. Talg loco 49, 25, 26. August 49, 75. Weizen 26. Mai 10, 00. Roggen 26. Mai 6, 60. Hafer loco —, 26. Mai 4, 75. Hanf loco —. Leinsaat (9蒲) 26. Mai 13, 00. — Wetter: 16 Grad Kälte.

Unterwerpen, 26. Januar. Getreidemarkt.
 (Schlussbericht.) Weizen matt. — Roggen unverändert, inländischer 20. — Hafer fest. — Gerste stetig, französische 23 $\frac{1}{4}$. — Petroleumsmarkt. (Schlussbericht.) Raffinurtes. Type weiß, loco 27 bez. 27 $\frac{1}{2}$ Br., $\frac{1}{2}$ Januar 26 $\frac{1}{2}$ bez., 26 $\frac{1}{2}$ Br., $\frac{1}{2}$ Februar 26 $\frac{1}{2}$ bez., 27 Br., $\frac{1}{2}$ März 26 $\frac{1}{2}$ bez., 27 Br., $\frac{1}{2}$ September 29 $\frac{1}{2}$ Br. — Steigend.

New York, 25. Jan. (Schlusscourse.) Wechsel auf London in Gold 4D. 87C., Golbagio 12 $\frac{1}{4}$, $\frac{5}{20}$ Bonds $\frac{1}{2}$ 1885 119 $\frac{1}{4}$, do. 5% fundite 115 $\frac{1}{4}$, $\frac{5}{20}$ Bonds $\frac{1}{2}$ 1887 119 $\frac{1}{2}$, Eriebahn 28 $\frac{1}{4}$, Central-Pacific 24 $\frac{1}{4}$, Newport Centralbahnen 102 $\frac{1}{4}$. Höchste Notierung des Golbagios 12 $\frac{1}{2}$, niedrigste 12 $\frac{1}{2}$. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 15 $\frac{1}{4}$, do. in New-Orleans 14 $\frac{3}{4}$, Petroleum in Newyork 12, do. in Philadelphia 11 $\frac{1}{2}$, Mehl 5D. 00C., Rother Frühjahrsweizen 1D. 22C., Vitais (old mixed) 91C., Buder (Fair refining Mincovados) 8, Kaffee (Rios) 18 $\frac{1}{2}$, Schmalz (Wärke Wilcox) 14 $\frac{1}{4}$ C., Sped (short clear) 10 $\frac{1}{4}$ C. Getreidefracht 10.

Produktenmärkte.

Königsberg, 26. Januar. (v. Portattus & Grothe)
 Weizen $\frac{7}{8}$ 1000 Kilo hochbunter russ. 122 $\frac{1}{2}$ 185,
 130 $\frac{1}{2}$, 133 Rb. bez. bunter 128 $\frac{1}{2}$, 176,50, russ. 120/12 $\frac{1}{2}$,
 und 126 $\frac{1}{2}$, 179, 122/3 $\frac{1}{2}$ bef. 169,50, 123 $\frac{1}{2}$ bef. 171,75.

Die Börse zeigte auch heute wenig Leben. Die Prolongationssätze haben sich gegen gestern kaum geändert; überhaupt gewinnt das Liquidationsgeschäft gar keine Bedeutung. Die internationalen Speculationspapiere waren mäßig belebt und behaupteten sich ziemlich ohne Veränderung auf ihren gestrigen Notierungen. Ausländische Staatsanleihen trugen eine feste

Physiognomie, Österreichische Renten behaupteten sich gut, Österreichische Losopariere zwar fest, aber still, Italiener und Türken aber rege und im Course anziehend, auch für Tabakactien und Obligationen war die Stimmung eine bessere. Amerikaner unbedacht, Russische Werthe ruhig, Prämienanleihe fest, Bahnen besser. Preußische Fonds bewegten sich in guter

gesetzlichkeit, besonders waren $4\frac{1}{2}\%$ ige Papiere gefragt. Andere deutsche Staatsanleihen ohne Leben. Das Geschäft in Eisenbahnprioritäten hatte eine Einbuße erlitten, die Transactionen vollzogen sich nur schwächer. Überhaupt war ein Mangel an Kauflust zu beobachten. Auf dem Eisenbahngertümmelmarkt herrschte eine nur wenig feste Haltung. Leichte Eisenbahn-Actien

blieben meist geschäftslos. Bankactien behaupteten sich recht gut, beheiligten sich aber nur wenig am Verlehrte. Industrieactien trugen vorwiegend einen maternen Charakter. Versicherungspapiere fanden lebhafte Beachtung.

† Binsen vom Staate garantirt. ■